Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 25. Februar 1881. Nr. 94.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat März für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 24. Februar.

Präsident v. Goßler eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Bötticher, Scholz.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Dr. Oetker ehren die Mitglieder des Hauses durch Erheben von den Sitzen.

Eingegangen sind zwei Denkschriften über die Ausführung des Anleihe- und des Münzgesetzes.

Dem Reichstage sind 300 Tribünenbillets für die Einzugsfeier am 26. d. Mts. zur Vertheilung zugegangen.

Der Vorstand hat beschlossen, aus Anlaß der Hochzeitsfeier des Prinzen Wilhelm eine Adresse an die kaiserlichen Majestäten und den Kronprinzen zu richten. Die Adresse liegt zur Unterschrift im Bureau aus. Ferner ist beschlossen, die Glückwünsche des Reichstages am 1. März d. J. durch eine Deputation an Allerhöchster Stelle aussprechen zu lassen.

Tagesordnung:

Erste Berathung des Reichshaushalts pro 1881/82, in Verbindung mit dem Anleihegesetz für Zwecke der Post-, Telegraphen-, Marine- und Militär-Verwaltung.

Unterstaatssekretär Scholz giebt zunächst einen Rückblick auf die finanziellen Ergebnisse des vorigen und des laufenden Etatsjahres. Während das Jahr 1878/79 mit einem Defizit von nahezu 6 Millionen Mark abschloß, hat die in voriger Woche abgeschlossene Rechnung des Etatsjahres 1879/80 einen Ueberschuß von 22,898,016 Mark ergeben, also 2 Millionen mehr, als er im vorigen Jahre als wahrscheinlich mitzutheilen in der Lage gewesen. Diesen Ueberschuß verdankt das Jahr lediglich den großen Mehreinnahmen aus den Zöllen, die in dem Etat noch nicht haben berücksichtigt werden können. Ohne diese Mehreinnahme würde das Jahr ebenso wie sein Vorgänger mit einem Defizit abgeschlossen haben. Was nun das Etatsjahr 1879/80 anlangt, so stehe für dieses nur der verhältnißmäßig geringe Betrag von 6½ Millionen Mark zur Verfügung, weil 16½ Millionen Mark bereits zur Deckung der laufenden Ausgaben in den Etat eingestellt worden sind. Bezüglich des finanziellen Ergebnisses des laufenden Etatsjahres bezeichnet Redner es für höchst wahrscheinlich, daß ein ähnlicher erheblicher Ueberschuß wie im vorigen Jahre sich ergeben wird, denn der Etat des laufenden Jahres hat bereits die ganzen Ueberschüsse aus den Zöllen und der Tabaksteuer aufgenommen. Alles, was das Reich aus den Mehreinnahmen der Zölle und Steuern erhält, besteht in dem Fixum von 130 Millionen Mark, was über diese 130 Millionen Mark hinausgeht, soll den Einzelstaaten überwiesen werden. Redner kommt zu dem Resultat, daß das laufende Jahr nur einen geringen Ueberschuß ergeben wird. Was nun den vorliegenden Etat anlangt, so charakterisirt sich derselbe materiell durch zwei Punkte, erstlich durch die auf rund 26 Millionen Mark veranschlagte Einnahmesteigerung von den Zöllen und der Tabakssteuer und dann durch den auf rund 24½ Millionen Mark veranschlagten Mehrbedarf an Matrikularbeiträgen. Der Effekt der neuen Zollgesetzgebung auf den laufenden Etat ist rund 89,400,000 Mark. Der Etat pro 1879/80 wies an Einnahme die Summe von 108,260,000 Mark nach, der Etat für 1881/82 196,660,000 Mark. Die Differenz beträgt 89,000,000 Mark. Was die Erhöhung der Matrikularbeiträge betrifft, so bringen sie mehrfach die Folgen des Ergänzungsgesetzes zum Militärgesetz etatsmäßig zum Ausdruck. Redner geht nunmehr im Einzelnen auf den Etat ausführlich ein und kommt zu dem Schluß, daß es nothwendig sei, die eigenen Einnahmen des Reiches noch weiter zu erhöhen und das Haus zu bitten, für das Zustandekommen der dem Reichstage demnächst vorzulegenden Steuervorlagen nach Kräften mitzuwirken. Er glaube die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß der Etat im Hause nicht erheblichen Ausstellungen begegnen werde, vielmehr im Wesentlichen, so wie er vorliegt, annehmbar erscheint.

Abg. v. Minnigerode stellt den Antrag, mehrere Etatstitel, darunter mehrere Ausgabe-Positionen des Militär- und Marine-Etats, das gesammte Extraordinarium und von den Einnahmen Kap. 1, Zölle und Verbrauchssteuern, Ueberschüsse der früheren Jahre und den Entwurf des Anleihegesetzes an die Budget-Kommission zur Vorberathung zu überweisen.

Abg. Richter (Berlin) verweist zunächst darauf, daß, wie sich jetzt herausstellt, die ganze Entlastung keine solche ist, da man mit der einen Hand 26 Millionen Mark giebt und mit der anderen Hand wieder 24 Millionen Mark nimmt, so daß die lehrreiche Thatsache übrig bleibt, daß im Verhältniß zu dem vorigen Jahre sich die Entlastung auf ein Trinkgeld von 1½ Millionen beziffert. Das macht für jeden Reichsbürger noch nicht vier Pfennige. Es ergiebt sich, daß der vielgerühmte Antrag Franckenstein gleich Null ist. Was ihn wundert, sei, daß man hier die neuen Steuern mit dem Etat in Verbindung bringt, während im preußischen Abgeordnetenhause ausdrücklich behauptet wurde, daß die neuen Steuern mit dem Etat in gar keiner Verbindung ständen. Redner ist der Ansicht, daß nur auf dem Wege der Ersparniß ein Balanziren im Etat ermöglicht werden kann. Die Heeresverwaltung sei aber auch jetzt noch nicht vorgegangen, während doch der Reichskanzler im Abgeordnetenhause die sehr erfreuliche Mittheilung gemacht habe, daß der Friede auf lange Zeit hinaus gesichert erscheine. Das sei doch jedenfalls ein Motiv, nun endlich auch im Militäretat mit Ersparnissen vorzugehen. Wenn er den vorliegenden Etat mit dem vor zwei Jahren vergleicht, so kommt er zu dem Resultat, daß die neuen Zölle und Steuern an Mehreinnahmen etwa 92 Millionen ergeben, das sei die Mehrbelastung, die dem Lande aus dieser Zollgesetzgebung erwachsen. Wo bleiben nur diese 92 Millionen Mark? Nach seiner Berechnung behalte das Reich 42 Millionen Mark, 50 Millionen Mark kommen auf die Einzelstaaten, während auf der anderen Seite denselben eine Mehrbelastung von 92 Millionen Mark auferlegt wird. Fürst Bismarck habe allerdings gesagt, er habe nichts versprochen, aber er glaube, die Herren werden sich noch der verführerischen Bilder entsinnen, welche der Herr Reichskanzler hier entrollt hat. Allerdings habe Fürst Bismarck dem Steuererlaß von 14 Millionen in Preußen einen großen Werth beigelegt. Er habe es verstanden, den Antrag auf Bewilligung des Steuererlasses in gehöriger Weise aufzubauschen. Er (Redner) hätte gewünscht, wenn der Herr Reichskanzler dasselbe Prinzip auch hinsichtlich der Steuerbelastung in Anwendung bringen wollte. Redner wendet sich nun zu den Folgen der neuen Zollgesetzgebung. Dieselbe hatte zur Voraussetzung eine außerordentliche Billigkeit vieler Verkaufsartikel, während inzwischen thatsächlich eine erhebliche Preissteigerung eingetreten sei. Die arbeitende Bevölkerung verspüre von einer Besserung der Verhältnisse noch gar nichts; aber selbst wo dies der Fall ist, da bleibe die Besserung zurück vor der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Es mache einen geradezu traurigen Eindruck, wie brutal dieser neue Zolltarif in die gewerblichen Verhältnisse eingreift. Eine Enquete würde schon heute Resultate ergeben, welche zu der Einsicht führen müßten, daß dieser Zolltarif eine schwere Verirrung gewesen, die man nicht rasch genug rückgängig machen kann. Das Prestige des Reichskanzlers habe durch diese Zollpolitik einen außerordentlichen Stoß erlitten. Er (Redner) hätte es selbst nicht geglaubt, daß die Nachtheile derselben sich so schnell herausstellen würden. Darum gehe auch die allgemeine Meinung dahin, vor allen Dingen keine neuen Steuern. Redner bemängelt sodann das Verfahren der Regierung in Bezug auf die Wiedereinbringung solcher Vorlagen, für welche im Reichstage absolut keine Zustimmung zu erwarten ist.

(Fürst Bismarck tritt in den Saal und beginnt bald darauf Notizen zu machen.)

Redner unterzieht nunmehr unsere politischen Verhältnisse im Allgemeinen einer eingehenden Kritik. Das Bestreben des Herrn Reichskanzlers gehe offenbar dahin, die Machtsphäre der Reichsregierung möglichst zu erweitern. Dadurch erzeuge er nur Mißtrauen und andererseits würden diejenigen Faktoren, die in der Machtsphäre des Reichs mit dem Herrn Reichskanzler konkurriren, in ihrer Bedeutung mehr und mehr abgeschwächt. Das gelte sowohl vom Bundesrath wie vom Reichstag. Der Volkswirthschaftsrath sei eine Konkurrenz dieser beiden Faktoren; durch seine zu exakte Arbeit habe er aber nicht an Bedeutung gewonnen. Der Wille des Reichskanzlers werde überall immer mehr und mehr maßgebend. Die Ressortchefs werden in ihrer selbstständigen Thätigkeit aufs Aeußerste beschränkt; sie selbst hätten den Eindruck, daß sie ihr Verhalten nach einer streng gebundenen Marschroute einzurichten haben. Einer nach dem Andern werde niedergeworfen und es werde immer schwieriger, einen Ersatz für denselben zu finden, namentlich einen solchen, der dem Ausgeschiedenen geistig ebenbürtig ist. Man habe gemeint, wir seien in einen Zustand eingetreten, der absolutistischer Natur ist. Das sei nicht einmal richtig, denn der Absolutismus in der Regierung sei wenigstens konsequent. Aber gerade diese Konsequenz vermisse man bei uns. Hier spitze sich Alles auf eine Person zu, auf zwei Augen. Die Leistungsfähigkeit des Herrn Reichskanzlers aber stehe zu dem gesteckten Ziele im Mißverhältniß. Es sei einer einzelnen Person unmöglich, Alles zu übersehen, die Regierung allein zu führen. Die Folge davon sei eine gewisse stoß- und ruckweise Verwaltung. Das erzeuge zuletzt eine Verwirrung zunächst in der Verwaltung, eine Zunahme der Desorganisation. Wir leiden in unserem Wirthschaftsleben nicht an Mangel an Kapital, Kapital ist genug da; Arbeiter sind genug da, was dort fehlt, ist das Vertrauen, daß Kapital und Arbeit sich zu neuen Geschäften verbinden. Und nicht zum Mindesten liegt der Grund an dem mangelnden Vertrauen in der Unsicherheit unserer politischen Zustände, in dem Ueberhandnehmen des persönlichen Regiments. Daher ist es an der Zeit, dieser Politik eine bestimmte Grenze zu ziehen. Wenn das geschieht, dann werden die hohen Gaben, welche den Herrn Reichskanzler auszeichnen, für Deutschland auf lange Zeit fruchtbringend gemacht werden können. Ist das nicht der Fall, schreiten wir auf dem betretenen Wege weiter fort, dann ruinirt sich der Herr Reichskanzler selbst, und er ruinirt das Land. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Die Aeußerungen des Vorredners haben den in der Tagesordnung vorliegenden Gegenstand sehr wenig berührt, ich werde also auch wohl den Dispens in Anspruch nehmen dürfen, dem, was der Herr Sekretär des Reichsschatzamtes gesagt, nichts mehr hinzufügen zu brauchen. Der Vorredner hat sich vorwiegend mit einer Kritik meiner Person befaßt. Ich weiß nicht, zu welchem Zwecke diese Kritik dienen soll, ob zu meiner Besserung oder zu meiner Belehrung. Nun, ich bin 66 Jahre und im 25. meiner Thätigkeit, recht viel an mir zu bessern wird nicht mehr sein, man wird mich verbrauchen müssen, wie ich bin, oder mich verdrängen müssen. Ich bin Herrn Richter allerdings sehr dankbar für die Fürsorglichkeit, mit der er meiner Gesundheit gedacht hat, habe aber trotzdem noch keine Neigung, mich von ihm verdrängen zu lassen. Wenn der Vorredner mir nun alle Uebel, den hohen Diskontosatz, das fehlende Vertrauen und was weiß ich noch Alles in die Schuhe geschoben hat, wenn er das Wort seines Kollegen von der heillosen Verwirrung auf unsere Zustände in Deutschland angewendet hat, nun, so muß ich doch sagen, wenn Sie den Zustand bei uns eine heillose Verwirrung nennen wollen, wie wollen Sie dann die Zustände in anderen europäischen Ländern nennen. Ich sehe doch nirgend Zustände, die sich mit den unsrigen gleichstellen ließen, und wenn ich als Minister des Aeußeren auch verzichte, darauf zu exemplifiziren, so kann ich doch sagen, wozu sollen diese Phrasen der Herren, denn Niemand im Lande glaubt daran. Die Leute wissen sehr wohl, wie es ihnen geht, und wenn auch die Wahl kommt, dann werden Sie wohl einige Gläubige finden, aber Alle werden Sie nicht überzeugen. Es geht mir, wie es dem Kaiser Napoleon vor 12 Jahren und länger gegangen ist, dem auch alles Uebel in die Schuhe geschoben wurde. Nun richtet sich aber die Kritik des Herrn Richter weniger gegen meine Person als gegen die Verfassung des deutschen Reiches. Die Reichsverfassung kennt keinen anderen verantwortlichen Beamten als den Reichskanzler. Ich könnte mich weit mehr zurückziehen und sagen, die Reichspolitik gehe mich nichts an; ich bin nur des Kaisers Exekutivbeamter. Aber ich habe die Verantwortlichkeit von vornherein auf mich genommen und werde sie auch weiter fortführen; es kann doch aber Niemand für Handlungen verantwortlich sein, welche nicht von seinem freien Willen abhängig sind. Es muß also der Verantwortliche innerhalb seines Rayons die volle Freiheit und Unabhängigkeit genießen, also so lange die Reichsverfassung besteht, müssen Sie auch einen selbstständigen Reichskanzler haben, denn wenn er nicht selbstständig ist, braucht er nicht mit seiner Verantwortung einzustehen. Hauptsächlich erstreckt sich nun doch die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf diejenigen Handlungen, die der Kaiser nach der Verfassung auszuüben hat, also z. B. auf die Vorlage eines bundesräthlichen Beschlusses. Man könnte nun fragen, ob der Kaiser verfassungsmäßig berechtigt sei, die Vorlage solcher Beschlüsse zu unterlassen. Wenn nun auch dem Kaiser verfassungsmäßig ein Veto nicht zusteht, so hat er es doch positiv und indirekt. Denn wenn ich es unterließe, dem Kaiser einen Beschluß des Bundesraths behufs der Sanktion an den Reichstag zu unterbreiten, was könnte dann geschehen? Der Bundesrath könnte sich in einer Eingabe an den Kaiser wenden und ihn bitten, den Reichskanzler zur Vorlegung des betreffenden Beschlusses anzuhalten. Wenn nun weder der gegenwärtige Kanzler noch die zweite oder dritte Person, an die sich Se. Majestät wenden würde, bereit wären, die Verantwortung für diese Vorlage zu übernehmen, so kann doch kein Faktor dem Kaiser eine bestimmte Person als Kanzler aufzwingen und darin liegt das faktische Vorhandensein des Vetos. Ich komme nun darauf, wie sich Herr Richter denn eigentlich einen Reichskanzler denkt. Derselbe soll ein schüchterner Mann sein, der stets vorsorglich daran denkt, mein Gott, hier könntest du anstoßen, der nicht mal eine Abstimmung abwartet, sondern nach jedem Willen hinhört. Nun, wenn Herr Richter einen solchen Kanzler anschaffen kann, mir soll es recht sein, ihn auf dieser Stelle einige, aber recht kurze Zeit zu dulden, denn ein Mann, der keine eigene Meinung hat, der sich lediglich dem Willen der Parteien unterordnet, der wird sich nicht lange auf dieser Stelle halten. Wenn ein Mann nicht wagt, hier etwas einzubringen, von dem er nicht sicher weiß, ob es angenommen wird, der ist eben kein Mann für diesen Posten und dazu bin ich nicht gemacht. Uebrigens halte ich die Frage eines solchen Konflikts mit dem Bundesrath für meine Person noch nicht für abgeschlossen. Ich glaube, daß ich nach meiner Ueberzeugung der Mehrheit des Bundesraths weichen würde, da entscheidet das alte Recht, das schon die alten Römer zu ihrem Erstaunen bei den alten Deutschen fanden, das Herkommen. Nun findet mich der Abg. Richter zu selbstständig gegenüber den Chefs der Reichsämter, ja aber sie können doch den Reichskanzler nicht unter die Reichsbeamten stellen, sonst muß ich die Reichsverfassung ändern, wenn aber ein Minister und ich nicht harmoniren, so habe ich die Pflicht zu sagen, wir Beide können nicht länger zusammen arbeiten und damit habe ich auch niemals gezögert. (Heiterkeit.) Dazu habe ich aber nur sehr selten Veranlassung gehabt. Denn die Herren Minister haften nicht so sehr an ihrem Amte, wie andere hohe Beamte. Ich habe noch nie einen Minister gefunden, der nicht Neigung gehabt hätte, sein Amt aufzugeben, es ist ein hartes, schweres Geschäft, vielleicht sehr ehrenvoll, aber wenig vergnüglich. Wenn das Parlament geschlossen wird und wenn die Herren Abgeordneten nach langem, für den Minister mühevollen Ringen hinausziehen in das grüne Land, dann ist der Minister nicht fertig, dann kommt sein Rath und sagt, jetzt ist es Zeit, an die Vorlagen zur nächsten Session zu gehen. Und weiter, m. H., ist es denn angenehm, sich in einem Ton kritisiren zu lassen, der nicht gerade in den Salon gehört, ich würde ja das hier nicht sa-

gen, wenn ich nicht aus eigener Erfahrung wüßte, daß hier im Reichstage der Ton ein anderer ist, als an anderen Stellen. Im Ganzen aber werden Sie mir doch zugeben müssen, daß in der politischen Debatte bei uns der Ton nicht auf derselben Höhe steht, wie in unserem übrigen gesellschaftlichen Leben. Also die Minister kleben nicht an ihrem Amte und man thut Unrecht zu glauben, es gehörten besondere künstliche Veranstaltungen dazu, einen davon zu bewegen, daß er aus seinem Posten geht. Auch das macht die Sache nicht angenehmer, daß der unwissendste Korrespondent einen alten, erfahrenen Minister herunterreißt wie einen dummen Jungen, dazu sagt man freilich nichts, aber es passirt alle Tage und den Herren Kommissaren wird häufig noch übler mitgespielt. Also das mühsame Geschäft und der wenig urbane Ton bringt die Herren leicht in die Stimmung, zu sagen, ich will nicht mehr, ich bin der Sache müde. Aber als ein Zeichen meiner persönlichen Liebenswürdigkeit muß ich es doch anführen, daß der Wechsel in den Ministerien bei uns doch lange nicht so häufig und so zahlreich geschehen ist, wie in den anderen europäischen Ländern, wo aus parlamentarischen Gründen die Ministerien in viel kürzerer Frist gewechselt haben, als bei uns. Ich halte also Alles das, was der Abg. Richter in Bezug auf diese Punkte gesagt hat, für völlig unzutreffend. Nun soll ich ja auch meine Meinung über diese oder jene Sache so sehr häufig gewechselt haben, nun allerdings, wenn mir heute Jemand sagt, vor 20 Jahren da waren wir Beide über diesen Punkt einig, heute bin ich noch derselben Ansicht, Sie aber haben die Ihrige geändert, dann gehöre ich nicht zu den Leuten, die sich scheuen, zu sagen, daß sie nicht aufhörten, zu lernen. Aber alle diese Punkte sind für mich untergeordnet, für mich hat es stets nur einen Polarstern gegeben, salus publica. Ich habe vielleicht häufig zu rasch gehandelt, in dem Wunsche, das Nützliche und Zweckmäßige zu thun; doktrinär bin ich nie gewesen. Für mich kommt immer und zu aller Zeit das Eine in allererster Linie in Betracht, das ist, daß wir Deutschen als eine große, starke, mächtige Nation in der Welt dastehen. (Beifall.) Die Fragen der Parteien, ob konservativ oder liberal, die kommen für mich erst in zweiter Linie; erst kommt für mich der Zusammenhang des nationalen Baues und dann in zweiter Linie werde ich daran gehen, diesen Bau verfassungsmäßig zu möbliren. Hierüber werde ich mir Vorschläge von verschiedenen Seiten machen lassen, denn man muß sich nach den Zeiten richten, man muß manchmal liberal und manchmal konservativ regieren. Ich habe stets nach dem einen Ziele gestrebt, die deutsche Nation groß zu machen. Sie werden mir nachweisen können, daß ich mich geirrt habe, aber niemals, daß ich von diesem Ziele abgewichen bin. — Lebhafter Beifall begleitete die Rede des Reichskanzlers und die Niederlage des fortschrittlichen Redners wurde, nachdem der Kanzler gesprochen, noch durch den

Abg. Freiherrn v. Minnigerode erhöht, der an der Hand von Zahlen und durch ausführliche Details das Unzutreffende der Richter'schen Beschuldigungen nachwies.

Abg. v. Benda wendet sich gegen neue Steuern und bespricht Einzelheiten des Etats.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.

Schluß 3¼ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 24. Februar. Auf der Tagesordnung der auf Freitag angesetzten Bundesrathssitzung stehen u. A. die Verhandlungen der Kommission zur Prüfung des Entwurfs von Vorschriften über den Schutz gewerblicher Arbeiter, ferner die zollamtliche Abfertigung von Bau- und Nutzholz, ein Antrag Preußens auf den Zollanschluß von Wandsbeck, eine Mittheilung betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, die zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes über die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten, der Antrag der Ausschüsse in Betreff der Wehrsteuer, der Ausschußantrag in Betreff der Ergänzung des Verzeichnisses der Massengüter, für welche der ermäßigte Satz der statistischen Gebühr zu erheben ist, endlich der Ausschußbericht über eine Eingabe betreffend die Taravergütung für Tabaksaucen.

In der Einleitung zu dem vorerwähnten Antrage Preußens auf den Zollanschluß von Wandsbeck wird hervorgehoben, daß, nachdem der Anschluß von Altona vom Bundesrath beschlossen worden, es angemessen erscheint, auch den Flecken Wandsbeck ganz dem Zollgebiet einzuverleiben und damit auch im Nordosten Hamburgs die politische Grenze gegen Preußen im Allgemeinen mit der Zollgrenze zusammenfallen zu lassen. Durch den Lauf der neuen Zolllinie wird nicht nur Wandsbeck und das südlich und südöstlich davon belegene preußische Gebiet angeschlossen, sondern es werden auch gewisse Theile des Hamburger Gebietes im Interesse der Gewinnung einer sicheren Zollgrenze dem Zollgebiete einverleibt. Bei dem Nebenzollamt I Schiffbeck wird ein kleiner Theil preußischen Landes von dem Zollgebiete ausgeschlossen. Die neue Zollgrenze ist etwa 7 Kilometer lang und 4—5 Kilometer kürzer als die gegenwärtige.

Die ständige Kommission für das technische Unterrichtswesen hält heute, den 24., event. auch am 25. Februar im Konferenzzimmer des Kultusministeriums eine Sitzung.

Provinzielles.

Stettin, 25. Februar. Das Eis der Oder ist bereits an einigen Stellen, besonders in der Nähe von Brückenpfählen ꝛc., derartig unterspült, daß ein Betreten desselben gefährlich ist und daher davor gewarnt werden muß. Es gilt dies besonders für die Strecke vom Dampfschiffs-Bollwerk stromaufwärts bis zum südlichen Ende von Rahm's Insel.

— In Berlin ist vor einigen Tagen einer blühenden jungen Frau der rechte Fuß amputirt worden. Als alleinige Ursache dieses schlimmen Ausgangs einer anfangs geringen Verletzung ist die Gewohnheit anzusehen, den aufgezogenen Kommodenkasten mit dem Knie wieder zuzuschieben, eine Angewohnheit, welche zahlreiche Frauen haben. Wir machen zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle darauf aufmerksam.

— Am 7. d. Mts. hatte der Schuhmacher Zimmermann seinen „guten Tag"; er kneipte nach Herzenslust und bald gesellte sich auch ein guter Freund zu ihm, der sich die von Z. bezahlten Getränke auf das Beste munden ließ. Schließlich traten Beide den Heimweg an und trennten sich am Königsthor von einander; Z. ging durch die Anlagen und der gute Freund gab an, nach Hause zu gehen, in Wahrheit schlug er jedoch einen Seitenweg ein und trat in der Mitte der Anlagen dem Z. wieder in den Weg, entriß demselben die Uhr und entfloh damit. Zimmermann machte erst vor einigen Tagen von dem Vorfall Anzeige und konnte der freche Dieb bisher noch nicht ermittelt werden.

— Als dringend verdächtig, bei dem Diebstahl in der T.'schen Fabrik in Grabow, von dem wir gestern berichteten, betheiligt gewesen zu sein, sind bereits der Schuhmacher und Tuchmacher Schmidt und dessen Ehefrau, Paradeplatz 55 wohnhaft, der Schneider Latze aus Grabow und der Arbeiter Renand von hier in Haft genommen worden. Ein großer Theil der gestohlenen Sachen wurde bei einer Haussuchung in den Wohnungen der Genannten vorgefunden.

— In den letzten Tagen sind wiederum eine Reihe von Diebstählen zur polizeilichen Anzeige gekommen und zwar wurden gestohlen: Am 22 d. Mts. einer Kellnerin aus einem 1 Treppe hoch belegenen Zimmer Paradeplatz 22 ein Reisekorb mit Gold- und Werthsachen im Werthe von ca. 450 Mark; an demselben Tage einem Arbeiter in der Provinzial-Zuckersiederei aus seiner Westentasche eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand im Werthe von 30 Mark; am 23. d. Mts. von dem Hause Bollwerk 27 ein circa 10 Fuß langes Dachrohr im Werthe von 6 Mark und aus einem unverschlossenen Korridor Paradeplatz 22, 2 Treppen, ein Winterüberzieher; in der Nacht vom 23. zum 24. d. Mts. aus einem verschlossenen Hühnerstalle Pölitzerstraße 18 mittelst Einbruches 10 Hühner und 1 Hahn im Werthe von 20 Mark und am 24. d. Mts., Abends, von dem Trockenboden des Hauses kleine Ritterstraße 2 mehrere Wäschestücke.

— Der „Deutschen Fischerei-Zeitung" wird über die Greifswalder Fischerei-Ausstellung geschrieben: Um vielfach an das Ausstellungs-Komitee gestellten Anfragen zu genügen, können wir mittheilen, daß in der Abtheilung „lebende Fische ꝛc." für eine ausreichende Wasserleitung mit ziemlich starkem Wasserwechsel und für künstliche Luftzuführung gesorgt sein wird. Diese an Produzenten schon brieflich gemachte Angabe hat zur Folge gehabt, daß bereits Anmeldungen von Forellen und Lachsen eingegangen sind. Ausstellungsbehälter sind auf vorherige Anfrage vom Komitee bewilligt worden. An Brutapparaten wird es nicht fehlen; Krebse, in der Gefangenschaft gezüchtet, sowie Kollektionen von Austern werden vertreten sein. Von St. Petersburg aus wurde Anfrage wegen Sterlet-Eiern ꝛc. gehalten, doch mußte der weiten Entfernung wegen davon Abstand genommen werden. Aus Norwegen ist in den letzten Tagen u. A. Dorsch angemeldet, dessen Aussteller auf der Ausstellung persönlich erscheinen will, um den Fisch nach norwegischer Manier zubereiten zu lassen. Herr Graf Arnim-Boitzenburg hat Fische in Aussicht gestellt. Mit dankenswerther Bereitwilligkeit wird ferner das märkische Museum in Berlin, vertreten durch seinen Dirigenten Herrn Stadtrath Friedel, Mitglied des Ausschusses des Deutschen Fischerei-Vereins, sich betheiligen. Es wird von hier u. A. eine sehr seltene, kostbare Suite aus dem ältesten Meeres-Alluvium bei Greifswald vorgeführt werden.

♂ **Lassan**, 23. Februar. Wenn es in unserem Städtchen unter der ärmeren Bevölkerung zu Streitigkeiten kommt, die dann gewöhnlich in einer Rauferei ihren Abschluß finden, so ist dies etwas Alltägliches. Kommt dies dagegen bei den bemittelteren Einwohnern vor, so ist dies etwas neu und wird dann bei jeder passenden Gelegenheit einer Kritik unterworfen. Veranstaltet aber endlich das Oberhaupt unserer städtischen Kommune eine bürgermeisterliche Prügelei, so ist dies das Neueste vom Neuen, so daß man mit Fug und Recht sagen kann: So etwas ist noch nicht dagewesen. Und doch haben sich in dem Zeitraum von 4 Monaten zwei solcher Prügeleien in unserem Städtchen zugetragen, wozu der Herr Bürgermeister immer die Veranlassung gab, und ist der wahre Sachverhalt, wofür wir übrigens die Bürgschaft übernehmen, folgender: Am 26. Oktober v. J., Abends, gerieth unser Bürgermeister mit einem achtbaren Bürger Anklams in dem öffentlichen Lokale des Herrn Gastwirths Borgward hier derartig in Streit, daß er Letzterem schließlich einen Schlag ins Gesicht gab; dieser aber wollte die seltene Ehre, von einem Bürgermeister geohrfeigt worden zu sein, nicht so ohne Weiteres hinnehmen, sondern zahlte ihm mit gleicher Münze, und zwar dergestalt, daß die Brille des Herrn Bürgermeisters zerbrochen zur Erde flog. Die zweite bürgermeisterliche Prügelei ereignete sich am Abend des 19. Februar d. J. in dem Schanklokal des Herrn Kaufmanns Hall hier bei einem Gläschen Grog. Sei es nun, daß der Herr Bürgermeister zu viel getrunken oder daß er eine leicht erregbare Natur hat, genug, er gerieth mit einem nüchternen soliden hiesigen Bürgersohne in Streit und gab auch diesem eine Ohrfeige, die dieser jedoch leider nicht so energisch erwidern konnte, weil der betreffende Herr, auf solche Eventualitäten vorbereitet, sich schon aus seinem Bereiche gezogen hatte, so daß die Finger desselben die Wange des Herrn Bürgermeisters nur leicht streiften. Wir müssen es schließlich jedem unbefangenen Beobachter anheim geben, sich ein Urtheil darüber zu bilden, ob die Bürgerschaft Lassan's unter den obwaltenden Verhältnissen einen solchen Bürgermeister, der gleichzeitig Polizeidirigent ist, noch achten kann.

(Eingesandt.)

Bei der Neuanlegung eines Trottoirs vor dem Wohnhause Oberwiek Nr. 59 wurde die in unmittelbarer Nähe desselben, bis dahin auf etwas erhöhtem Terrain stehende öffentliche Wasserpumpe auf städtische Anordnung bedeutend niedriger gelegt. Durch diese veränderte Höhenlage wird der Uebelstand hervorgerufen, daß das sämmtliche mit Schmutz untermischte Regen-, Schnee- und Tauwasser des unmittelbar an die Pumpe stoßenden hohen Eisenbahnwalles auf das Bohlwerk der Pumpe zutreibt, durch letzteres hindurch in die Wasserquelle hineinsickert und das Wasser dermaßen verunreinigt, daß solches weder zu Trink-, noch zu sonstigen Zwecken irgendwie zu verwenden ist.

Dieser leidige Zustand dauert nun schon fast 5 Wochen, obwohl die Umwohner, unter Hinweis auf etwaige Feuersgefahr, sofort sowohl bei der städtischen Behörde persönlich, bei Vorzeigung der Wasserbeschaffenheit, als auch bei der Polizeibehörde schriftlich um Abhülfe des Uebelstandes resp. darum ersucht haben, bis dahin den zu Bauzwecken vor Wohnhaus Nr. 59 angelegt gewesenen Wasserstock dem öffentlichen Verkehr zu übergeben.

Hierauf ist bisher weder das Eine, noch das Andere geschehen; Wasserleitung in den Häusern existirt nicht, die Kalamität ist groß und bitten daher die Interessenten die zuständigen Aufsichtsbehörden auf diesem öffentlichen Wege nochmals dringend um schleunigste Abhülfe.

Kunst und Literatur.

Scherr, Germania, Zwei Jahrtausende deutschen Lebens kulturgeschichtlich geschildert. W. Spemann, Stuttgart. Von diesem Prachtwerke erscheint jetzt eine billige Ausgabe in 40 Lieferungen zu 40 Pf., reich mit Bildern geschmückt. Wir machen unsere Leser wiederholt darauf aufmerksam. Es ist ein Buch recht voll deutschen Lebens und deutscher Gesinnung. [30]

Die zweite Lieferung von Nordenskiöld's epochemachendem Werke **„Die Umsegelung Asiens und Europas auf der Vega"** (Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig) ist soeben erschienen und den, wie wir hören bereits sehr zahlreichen, Subskribenten zugegangen. So weit uns das Werk bis jetzt vorliegt, bekundet es überall wissenschaftlichen Ernst und Gehalt, gepaart mit geschmackvoller Darstellung, jenen seltenen Verein von Eigenschaften, der dem Ideal eines guten Reiseberichts entspricht. Wir erwähnen schließlich noch, daß der Name des Verfassers auf der zweiten Lieferung nicht, wie auf der ersten Lieferung und wie es bisher in Deutschland allgemein üblich war, Nordenskjöld, sondern Nordenskiöld gedruckt ist; es geschah dies, wie uns mitgetheilt wird, auf ausdrücklichen Wunsch des Verfassers, der seinen Namen mit i, nicht mit j schreibt und ihn auch so gedruckt zu sehen wünscht. [27]

Vermischtes.

— (Was nicht Alles ersonnen wird.) In Paris hat sich — wie der „Gaulois" schreibt — eine neue Agentschaft gebildet, die zum Zwecke hat, die Höflichkeits-Visiten für Jene abzustatten, welche eigentlich dazu verpflichtet wären, aber keine Zeit dazu haben. Das Material der Gesellschaft besteht aus einer Anzahl anständiger, theilweise selbst dekorirter Männer, welche mit Schnurr-, Backen- oder Vollbart je nach dem Aeußern der Person erscheinen, die sie repräsentiren. Der Betreffende übergiebt denselben seine Karte, welche sie selbst mit eingebogenen Ecken in die Wohnung tragen. Die Agenten besorgen ihr Geschäft theils zu Fuß, theils in korrekt angeschirrten Equipagen, je nach dem Stande des Kommittenten. Diese Einführung verdiente auch anderwärts Nachahmung.

— (Schuldig — aber straflos.) Ein merkwürdiges Erkenntniß hat dieser Tage das Divisionsgericht zu Hannover gefällt. Der Mühlenbesitzer und Bäckermeister Heinrich Westerkamp in Osnabrück gerieth mit dem Sekondelieutenant v. Schimmelmann vom 78. Infanterie-Regiment wegen einer Grenzdifferenz auf den beiderseitigen Grundstücken an der Mühlenstraße in Wortwechsel, welcher bald in Schimpfen ausartete, bei dem man sich gegenseitig nichts schuldig blieb und der damit endete, daß der Sekondelieutenant sich dazu hinreißen ließ, den 68 Jahre alten Bäckermeister mit der Reitpeitsche derartig zu schlagen, daß dieser sich genöthigt sah, gegen den Lieutenant klagbar zu werden. Der Fall ist vor dem Divisionsgericht zu Hannover verhandelt und von diesem unterm 8. Februar l. J. an den Anwalt des Bäckermeisters folgendes Schreiben gerichtet: „Euer Wohlgeboren benachrichtigen wir hierdurch ganz ergebenst, daß gegen den Sekondelieutenant v. Schimmelmann des Ostfriesischen Infanterie-Regiments Nr. 78 kriegsgerichtlich am 7. Januar l. J. dahin erkannt worden ist, daß derselbe zwar der vorsätzlichen Körperverletzung schuldig, dieserhalb jedoch mit Strafe zu verschonen. Königliches Gericht der 19. Division. Gezeichnet v. Drigalski, Generallieutenant und Divisions-Kommandeur. Lothe, Justizrath und Divisions-Auditeur." Die „Osnabrücker Anzeigen" bemerken dazu: „Wir haben diesem Erkenntnisse nichts hinzuzufügen als die Frage: ob das Civilgericht wohl ebenso erkannt hätte, wenn der Bäckermeister den Lieutenant mit mit einer Reitpeitsche mißhandelt hätte."

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 24. Februar. Nach einer Mittheilung des „Staatsanzeigers für Würtemberg" ist Se. Königliche Hoheit der Prinz August von Würtemberg mit der Vertretung des Königs bei den Vermählungsfeierlichkeiten in Berlin beauftragt worden.

Wien, 24. Februar. Das Abgeordnetenhaus berieth heute den Antrag des Deputirten Lienbacher betreffs der achtjährigen Schulpflicht. Der Unterrichtsminister erklärte, die Regierung habe die Frage stets nur vom Standpunkte der Schulökonomie aus, niemals aber aus dem politischen und staatsrechtlichen Standpunkte betrachtet: die Schule, von Niemand bedroht, sei nicht in Gefahr und durch Annahme des Antrags werde der Reichsgesetzgebung nichts entzogen.

Belgrad, 24. Februar. Der serbische Gesandte zu Petersburg, Protic, ist abberufen und an seiner Statt Horvatovic zum serbischen Gesandten daselbst ernannt worden.

Die Regierung hat dem Eisenbahn-Ausschusse weitere anher eingelangte Offerten betreffend den Bau serbischer Eisenbahnen vorgelegt.

Paris, 24. Februar. Im Senat herrscht große Erregung über die Interpellation des Herzogs von Broglie; Gambetta gab heute sein siebentes Dejeuner. Fast alle Gäste waren Gegner des Listenskrutiniums. Am 20. März präsidirt Gambetta im Festsaal des Trocadero einem Banket des Hülfsvereins der Handelsbediensteten, welcher elftausend Mitglieder zählt.

Paris 24. Februar. Der Herzog von Broglie interpellirt die Regierung über das Ungenügende ihrer Mittheilungen in der griechischen Frage und über die Nothwendigkeit, dieselben zu vervollständigen. Die jüngsten Erklärungen des Ministers des Auswärtigen, Barthélemy St. Hilaire, hätten zwar die Beunruhigungen zerstreut, aber die Absendung von Gewehren und Munition nach Griechenland führe zu dem Glauben, daß die vordem Griechenland gewährte offene Unterstützung in eine geheime Unterstützung umgewandelt worden sei und daß verborgene und versteckte (souterraines) Maßregeln unter dem Schutze eines hohen Einflusses wider den Willen des Kabinets ergriffen worden seien. Die Sendung des Generals Thomassin und das Versprechen von Gewehren, wovon in den Depeschen des englischen Gesandten Corbet die Rede sei, bildeten eine Politik, deren Eingeber er kennen zu lernen wünsche. Er verlange Erklärungen über den Beginn und die Ausführung der Gewehr-Sendung. Ministerpräsident Ferry erklärt, über die Sendung des Generals Thomassin sei ein einziges diplomatisches Schriftstück vorhanden und dasselbe sei eine gewöhnliche und normale Thatsache gewesen, sie sei aber in ihrem Wesen verändert worden durch die Intransigenten von der Rechten und von der Linken. Der frühere Ministerpräsident Freycinet habe bereits konstatirt, daß die Sendung von französischen Offizieren nach Griechenland und die Sendung deutscher Beamten nach der Türkei das gute Einvernehmen der Mächte in keiner Weise stören konnten. Der Ministerpräsident erinnerte sodann an die Note des Herzogs Decazes, welche den Verkauf von Waffen gestattet. So lange der Krieg nicht erklärt sei, seien die mit diesen Verkäufen beauftragten Direktoren der Artillerie ohne jede politische [illegible] und wären froh, sich von altem Materiale befreien zu können. Aber als die Regierung von dem Verkaufe von Waffen im letzten Augenblicke Kenntniß erhalten, habe sie die Ausfuhr vollständig untersagt und es sei auch nicht eine einzige Patrone ausgeführt worden. In dem Ganzen liege kein Grund, von einer geheimen Regierung zu reden. Nachdem noch Buffet und der Herzog von Audiffret-Pasquier zu der Interpellation das Wort genommen hatten, wurde vom Senat die einfache Tagesordnung mit 166 gegen 112 Stimmen angenommen.

London, 24. Februar. Als der Premier Gladstone gestern Abend vor seiner Wohnung seinen Wagen verließ, glitt er auf dem Trottoir aus und fiel mit dem Kopfe gegen den Wagentritt, wobei er sich eine tiefe Wunde zuzog. Gladstone hütet das Bett; der Wagenverkehr in der Downing Street ist verboten.

London, 24. Februar. Der Unfall des Premiers Gladstone hat bis jetzt keine ernsthafte Folgen gehabt; Fieber ist nicht vorhanden, doch muß Gladstone einige Tage absolute Ruhe haben.

Petersburg, 24. Februar. (B. T.) Wie verlautet, wird der deutsche Militär-Bevollmächtigte am hiesigen Hofe, Generaladjutant von Werder, welchen eine momentane Unpäßlichkeit an der Reise nach Berlin zu den Vermählungsfeierlichkeiten hinderte, wahrscheinlich in Kurzem einen mehrmonatlichen Urlaub nach Karlsbad und später nach Italien antreten.